

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV.167

Bonn, den 3. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kampf der griechischen Militärdiktatur!</u> Von Hassel als Verbündeter der Obristen? Von Dr. Hans Apel, MdB	41
2	<u>Tatsachen zählen</u> Die CDU/CSU und die Sportförderung	49
3 - 4	<u>Bevölkerung und Kirche in der DDR</u> Jeder dritte Mitteldeutsche ist konfessionslos	89
<u>Anhang</u>		
1 - 3	<u>"Der ist ja ganz anders..."</u> Wahlkampf mit Helmut Schmidt Beobachtungen, aufgezeichnet von G. Markscheffel	151

\* \* \*

## Kampf der griechischen Militärdiktatur!

---

Von Hassel als Verbündeter der Obristen?

Von Dr. Hans Apel, MdB

Es ist nicht nur längst die Schonzeit vorbei, die den griechischen Obristen eingeräumt werden durfte, um ihnen Zeit zur Verwirklichung ihrer Versprechungen zu geben. Es muß auch die Zeit vorbei sein, in der wir untätig zusehen, wie in Griechenland unschuldige Demokraten verfolgt, gefangen und gefoltert werden. Wir dürfen den lügenhaften Versprechungen und Täuschungen der herrschenden Junta nicht mehr länger Gehör schenken. Papadopoulos ist nicht besser als Patakos oder Lados, höchstens geschickter im Aufbauen pseudodemokratischer Kulissen.

Ich selbst habe immer wieder das Argument von der gefährdeten Flanke der NATO im Mittelmeer verwandt, um Mäßigung in unserer Griechenland-Politik zu vertreten. Aber kann ich es vor meinem Gewissen verantworten, daß Tausende friedfertiger Griechen und Demokraten in Konzentrationslagern schmachten, in Gefängnissen gefoltert werden oder in der Verbannung dahinvegetieren? Unter ihnen befinden sich auch meine Freunde, deren lauterer Wesen ich kenne. Wir dürfen nicht länger warten. Auch unser eigenes Interesse verlangt von uns Aktion. Denn die Herrschaft der Junta ist brüchig geworden. Wir dürfen dem griechischen Volk nicht das Gefühl geben, wir und unsere Demokratien hätten sie im Stich gelassen.

Wir müssen viel stärker als bisher die "Deutsche Welle" einsetzen, um den Griechen die Wahrheit wenigstens über die Ätherwellen zu bringen. Wir müssen uns der Klage einiger westeuropäischer Länder vor der Menschenrechtskommission anschließen. Wir müssen Griechenland aus dem Europarat ausschließen, wenn die gesetzte Frist abläuft. Wir müssen die EWG-Bindungen zu Griechenland drastisch kürzen bzw. beenden.

Vor allem müssen wir aber unsere großen westlichen Alliierten aus ihrer Lethargie aufrütteln. Sie müssen wissen, daß Griechenlands Lage Europas Frieden und das Gleichgewicht zwischen den Blöcken mehr bedroht als wir meinen. Unter dem Leichentuch der griechischen Diktatur bahnen sich unabsehbare Dinge an.

Willy Brandt hat sich auf allen Konferenzen der NATO einergisch für Griechenlands Demokraten eingesetzt. Sein Ansehen bei allen Griechen ist sehr groß. Die Sozialdemokraten stehen an der Seite der griechischen Demokraten. Wenn dagegen in diesen Wochen der massiven Verfolgung griechischer Bürger Herr von Hassel meint, immer noch der Putsch der Obristen rechtfertigen zu sollen, dann wird damit erneut deutlich, was Geistes Kind dieser Mann ist. Als Abgeordneter unseres Bundesparlaments schäme ich mich für diese Haltung des Parlamentspräsidenten und sage den griechischen Demokraten: "Wir kämpfen den gleichen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - gegen Reaktion, Dummheit und Diktatur!"

+ + +

Tatsachen zählen

Die CDU/CSU und die Sportförderung

ric. - Tatsachen zählen, heißt es im Sportprogramm der CDU unter dem vielversprechenden Motto "Sport in unserer Zeit". Einer kritischen, praxisnahen und realistischen Prüfung hält das aus Wunschträumereien gebaute "Faß ohne Boden" nicht stand. Trotz eines ministeriellen "Expertenstabes" im CDU-Innenministerium ist das in schöne Worte verpackte Erfrischungsgetränk für den bundesdeutschen Sport nicht mehr als billige Magermilch. Das Interessanteste am gesamten "CDU-Sportprogramm" sind noch die Sportfotos. Die Ironie des Schicksals läßt es zu, von einem Foto, das Sprinterbeine zeigt, den wirklichkeitsnahen Schluß zu ziehen; die CDU läuft mit ihren Sportvorstellungen an einer gezielten und zukunftssträchtigen Sportförderung vorbei.

Obwohl Fairneß, Toleranz und Härte Grundelemente des Sports sind, blieben die Querelen um die "Bundeszentrale für Sport" und die eigenwilligen Exkursionen um einen ministeriell dirigierten "Sportbeirat" nicht ohne negative Folgen auf das Verhältnis zwischen Sport und Staat. Das schwerste Foul im sportlichen Konzert erlaubte sich CDU-Minister Benda mit seinen Kürzungsvorschlägen im Bereich der Bundesmittel für den Sportstättenbau im Jahre 1969. Alle sachverständigen Empfehlungen ignorierend und unter totaler Fehleinschätzung der Gesamtsituation im Sportstättenbau empfahl Benda dem Bundestag eine Kürzung dieser Sportförderungsmitel um 14 Millionen Mark. Durch eine parlamentarische Initiative der SPD gelang die notwendige Erhöhung der Mittel zur Spitzenfinanzierung des Turn- und Sportstättenbaus auf 37 Millionen Mark. Der Haushaltsvorschlag von Minister Benda hätte eine weitere Vergrößerung des Sportstättenfehlbedarfs in der Bundesrepublik zur Folge gehabt.

Gegen die verzweifelten und engstirnigen Widerstände aus CDU/CSU Kreisen gelang vor allem den Sportpolitikern Hermann Schmitt-Vockenhäuser und Dr. Adolf Müller-Emmert und insbesondere dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, den Sport vor der Rolle des politischen Wellenbrechers zu bewahren. Die Abwicklung der Protokollfragen bei internationalen Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik unter Teilnahme von Sportlern aus der DDR nach den Regeln, die der Sport sich selber gegeben hat, unterstreicht deutlich die Absicht der SPD von einer Sportförderung ohne politische Auflagen.

In fast zwei Jahrzehnten Regierungszeit hat die CDU/CSU es nicht geschafft, die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle und kooperative Zusammenarbeit zwischen dem Sport, Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen und somit die bereitgestellten Sportförderungsmitel mit maximalem Erfolg einzusetzen. Mit der klaren Konzeption für den "Deutschen Sportrat" hat die SPD dieser CDU/CSU-Ära der verpassten Gelegenheiten ein Ende gesetzt. Die nach einer Übereinstimmung zwischen dem Deutschen Sportbund und der SPD angelaufenen Vorbereitungen für eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene sowie das Echo aus Fachkreisen des Sports bestätigen: Die SPD ist auf dem richtigen Kurs der Sportförderung! Hinzu kommen die SPD-Forderungen nach einer Arbeitsgruppe Sport im Bundestag und der Zusammenlegung der Ressorts Sport - Jugend - Gesundheit, die gleichfalls den Erfordernissen einer zeitgemäßen und weitsichtigen Sportförderung auch über die Olympischen Spiele 1972 hinaus entsprechen.

## Bevölkerung und Kirche in der DDR

Jeder dritte Mitteldeutsche ist konfessionslos

A.R. - In der DDR hat man zur Volks- und Berufszählung vom 31. Dezember 1964 auch die Wohnbevölkerung nach ihrer Konfessionszugehörigkeit ermittelt. Nach einer zweiprozentigen Stichprobenerhebung liegen nunmehr die Endergebnisse der Direktauszählung vor. Danach ergeben sich gegenüber den Volkszählungen vom 29. Oktober 1946 sowie vom 31. August 1950 erhebliche Veränderungen. Fast jeder dritte DDR-Einwohner gehört keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft mehr an. Allein zwischen 1950 und 1964 ist die Zahl der evangelischen Christen um 4,710 Millionen (31,8 vH.) und die Zahl der Katholiken um 646 000 (32,0 vH.) zurückgegangen. Vergleichsweise machte jedoch der Rückgang der Bevölkerung zwischen den beiden Volkszählungsterminen nur 7,5 vH. aus. Unter den 2,352 Millionen Sowjetzonenflüchtlingen, die zwischen 1949 und Ende 1964 erfaßt wurden, befanden sich 2,845 Millionen (78,4 vH.) evangelische Christen, 348 000 (14,8 vH.) Angehörige der röm.-kath. Kirche und 159 000 (6,8 vH.) Angehörige sonstiger Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß zwischen 1955 - dem ersten Jahr der Jugendweihe in der DDR - und heute rd. 2,3 Millionen Schulabgänger an Stelle der Konfirmation zur sozialistischen Jugendweihe gegangen sind.

Aus der Veröffentlichung geht hervor, daß sich am 31. Dezember 1964 von den insgesamt 17,004 Millionen Einwohnern der DDR 5,417 Millionen (das sind 32,0 vH.) als nicht konfessionsgebunden bezeichneten oder keine Angaben zur Konfession machten. Bei der Volkszählung 1946 waren es 1,105 Millionen Personen (6,0 vH.) und bei der Volkszählung 1950 waren es 1,427 Millionen Personen (7,8 vH.), die gleiche Angaben machten.

Im Jahr 1964 trugen sich 10,092 Millionen Personen (59,3 vH.) als evangelisch ein, gegenüber 14,963 Millionen (80,9 vH.) im Jahr 1946 und 14,802 Millionen (80,5 vH.) im Jahr 1950. 1,375 Millionen (8,1 vH.) der Wohnbevölkerung bezeichneten sich 1964 als Angehörige der röm.-kath. Kirche; 1946 waren es 2,233 Millionen (12,1 vH.) und 1950 waren es 2,021 Millionen (11,0 vH.). Als Angehörige anderer christlicher Religionsgemeinschaften sowie freireligiöser und sonstiger Weltanschauungsgemeinschaften bezeichneten sich 120 000 Personen bzw. 0,7 vH. der Bevölkerung. Darunter befanden sich nach Schätzungen nur etwa 2 000 Glaubensjuden, die 1946 noch amtlich mit 4 629 und 1950 mit 3 319 ermittelt wurden.

Der Veröffentlichung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Ostberlin ist auch die Aufschlüsselung dieser Zahlen nach Bezirken zu entnehmen. Die höchste Zahl von nicht konfessionsgebundenen Personen hat der Berliner Sowjetsektor mit 46 vH. seiner Einwohner, danach folgen der Bezirk Leipzig mit 41 vH., der Bezirk

Dresden mit 35 vH. und die Bezirke Gera, Halle und Chemnitz mit je 33 vH. Am unteren Ende dieser Skala liegen die Bezirke Schwerin und Neubrandenburg mit je 22 vH. und Suhl mit 20 vH. Den größten Teil der Angehörigen der evangelischen Kirchen hat der Bezirk Suhl mit 72 vH., dann folgen die Bezirke Neubrandenburg mit 70 vH. und Schwerin mit 69 vH. Die verhältnismäßig geringsten Zahlen von Evangelischen weisen Ostberlin mit 46 vH., der Bezirk Leipzig mit 52 vH. und der Bezirk Halle mit 56 vH. aus. Die entsprechenden Zahlen der röm.-kath. Bürger bewegen sich zwischen 16 vH. im Bezirk Erfurt (zu dem auch das Eichsfeld gehört) und 5 vH. im Bezirk Chemnitz.

Nach den Ergebnissen der Berufszählung wurden insgesamt 18 276 Personen als Angehörige konfessioneller Berufe aufgeführt. Das sind etwa 0,2 vH. der insgesamt 7,995 Millionen erwerbstätigen Personen. 10 715 der in einem konfessionellen Beruf Stehenden sind männlichen, 7 561 weiblichen Geschlechts. Eine Untergliederung der Gesamtzahl ergibt folgendes Bild: 7 347 Geistliche; 219 Angehörige geistlicher Orden; 2 886 kirchliche Verwaltungsangestellte; 7 824 Angehörige sonstiger Berufe im Kirchendienst. Nachdem sich 1964 insgesamt 11,587 Millionen Personen als Angehörige einer Religionsgemeinschaft bekannten, ergibt sich, daß am 31. Dezember 1964 auf 1 576 Kirchenmitglieder ein im aktiven Dienst stehender Geistlicher entfiel.

Unter den 214 160 Einwohnern der DDR mit Hochschulabschluß befinden sich 6 287 (2,9 vH.) Theologen. Davon erscheinen 5 588 unter der Spalte "Wirtschaftlich Tätige" und 699 als "Nichtwirtschaftlich Tätige". Nach Geschlechtern aufgegliedert ergibt sich folgendes Bild: 5 837 männliche Theologen, davon 5 296 wirtschaftlich tätig und 541 nicht wirtschaftlich tätig (also z.B. im Ruhestand); 450 weibliche Theologen, davon 292 wirtschaftlich tätig und 158 nicht wirtschaftlich tätig. Der Anteil der weiblichen Theologen an der Gesamtzahl der Theologen beträgt im DDR-Durchschnitt demnach 7,2 vH. Diese Zahl ist auch nach Bezirken aufgeschlüsselt, wobei Ostberlin mit 12,5 vH. den höchsten Anteil weiblicher Theologen, Suhl mit 3,3 vH. den niedrigsten Anteil hat. Eine Aufgliederung der Personen mit konfessionellen Berufen nach Zugehörigkeit zu den einzelnen Kirchen wird leider nicht gegeben. Ebenso sind Vergleiche zu den früheren Volkszählungen nicht möglich.

Was seit langem zu hören war, ist nunmehr amtlich bestätigt worden. Daß die Erhebung nun schon fast vierunddreiviertel Jahre zurückliegt, wiegt nicht so schwer, wie man zunächst vermuten könnte. Die Welle der großen Kirchaustritte hat sich in der DDR schon um 1960 gebrochen. Die in der Zwischenzeit bekanntgewordenen Zahlen aus mitteleuropäischen Kirchengemeinden lassen den Schluß zu, daß sich in den letzten Jahren der Mitgliederstand auf einer nur noch leicht sinkenden Kurve stabilisiert hat.

Obwohl die Kirche nach wie vor die größte Organisation in der DDR ist, ist es der Ostberliner SED-Führung offensichtlich schwer gefallen, diese Ergebnisse zur Veröffentlichung freizugeben.

# FEHLANZEIGE

JAHRGANG

24

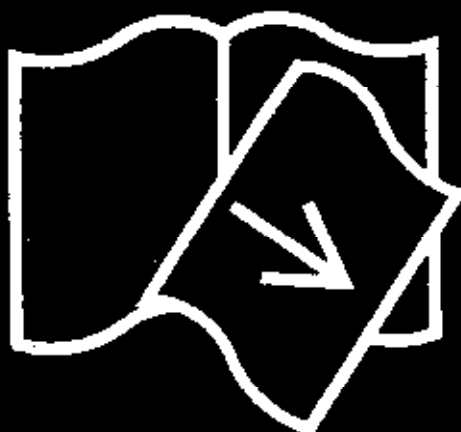
ZEITUNGSNUMMER

167

DATUM

03. 09. 1969

Seite 5 fehlt ✓



"Der ist ja ganz anders..."

Wahlkampf mit Helmut Schmidt

Beobachtungen, aufgezeichnet von G. Markscheffel

"Der ist ja ganz anders, als ich ihn mir vorgestellt habe" - sagt auf dem Marktplatz in Brilon eine Frau zu ihrem Mann, während Helmut Schmidt, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, vor etwa 2.000 Menschen über die Leistungen der Sozialdemokratie und ihre Vorstellungen von einer guten deutschen Politik in den nächsten zehn Jahren spricht.

Ich stehe eingekleilt in der Menge, beobachte die Reaktion der Zuhörer, unter denen mindestens die Hälfte keine Anhänger der SPD sind. In Brilon erhielt die SPD bei der Bundestagswahl im Jahre 1965 30,2 und bei der Landtagswahl ein Jahr später 46,6 Prozent der Stimmen. Die CDU konnte 1965 dagegen 56,4 Prozent für sich buchen; bei der Landtagswahl rutschte sie auf 47,5 Prozent ab. Stetige Erfolge der SPD also, aber trotzdem ein schwieriges Pflaster.

Die Menschen im Sauerland sind beharrlich, sie lassen sich nicht schnell aus der Ruhe bringen und auch mit Beifalläußerungen sind sie sehr sparsam. Übrigens auch bei CDU-Versammlungen, wo schon mancher Redner verzweifelt versucht hat, seine Zuhörer etwas in Stimmung zu bringen.

Keine Versammlungsrede alten Stils

Helmut Schmidt hat das nicht notwendig. Er hält auch hier keine Versammlungsrede alten Stils, seine Sprache ist dozierend, die Beweisführung für eine Behauptung klar und in jeder Beziehung unanfechtbar.

Auf der einen Seite des Marktplatzes haben sich einige Jung-Unionler gruppiert, offenbar in der Absicht, Helmut Schmidt mit Zwischenrufen einzudecken. Zuerst lächeln sie höhnisch, dann werden sie immer aufmerksamer und schließlich sieht man auf ihren Gesichtern, daß Schmidts Argumente Eindruck auf sie machen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende wischt den Versuch der Unions-Parteien, die Leistungen der Sozialdemokratie in der Regierung herabzuwürdigen, mit einer Handbewegung weg. Seine Konterschläge sind Fragen an die Zuhörer.

Wer hat denn nach 1966 die Wirtschaft wieder funktionsfähig gemacht; Kiesinger oder Schiller?

Wer hat den Friedenswillen des deutschen Volkes in der ganzen Welt so eindeutig dargestellt, daß es Ulbricht heute schwer fällt, zu behaupten, die Bundesrepublik sei aggressionswütig und revanchelüsternd; Kiesinger, Strauß oder Willy Brandt?

Wer hat dafür gesorgt, daß ernsthafte Bemühungen unternommen wurden, um auch das Verhältnis zwischen Bonn und Ostberlin einigermaßen erträglich zu gestalten; Kiesinger, der die DDR ein Phänomen nennt, oder Herbert Wehner?

Wer hat eine neue Verkehrspolitik eingeleitet, die nach 17 Seebohm-Jahren zu der Hoffnung berechtigt, daß auch bei uns das Verkehrschaos überwunden werden kann; Kiesinger oder Georg Leber?

Wer hat im Jahre 1966 den drohenden Verfall der Staatsfinanzen aufgehalten und dafür gesorgt, daß mit Hilfe der mittelfristigen Finanzplanung heute endlich einmal in Deutschland eine moderne vorausplanende Finanzpolitik möglich wurde; Kiesinger oder der Finanzexperte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Dr. Alex Möller, dessen früher von der CDU verlassene Vorschläge in Bausch und Bogen übernommen wurden, heute aber als eigene Erfindung dargestellt werden?

#### Junge Menschen beleben das Bild

Es mag sein, daß dieser oder jener Versammlungsbesucher Gags erwartet. Helmut Schmidt weiß das auch und sicher ist auch er oft genug versucht, Erwartungen dieser Art nachzugeben. Er verzichtet darauf. Kein Zweifel, seine Zuhörer sind ihm dankbar dafür, besonders aber wohl die zahlreichen jungen Menschen, die, wie kaum in Wahlkämpfen zuvor, das Bild der Versammlungen beleben.

Am gleichen Abend in Detmold. Eine Stunde vor Beginn der Versammlung ist der größte Saal der Stadt überfüllt. Mehr als 1.000 Menschen stehen vor den bereits von der Polizei abgesperrten Eingangstüren. Für sie muß eine Lautsprecheranlage herbeigeschafft werden, sie wollen hören, was Helmut Schmidt zu sagen hat. Auch hier junge Menschen in großer Zahl, die den unterschiedlichsten politischen Gruppierungen angehören. Irgendjemand muß einem gewichtigen Polizeibeamten vor der APO Angst gemacht haben. Er ist sichtlich nervös, schwitzt trotz der Kühle des Abends und versucht mit barschem Befehlstönen für Ordnung zu sorgen. Das Publikum lacht ihn nur aus, beinahe freundlich freundschaftlich. Ein junger Mann sagt: "Sei brav, Opa, wir tun dir nichts".

Helmut Schmidt kann sich nur mit Mühe den Weg zum Rednerpult bahnen. Beifall empfängt ihn, vereinzelte Pfiffe sind auch zu hören. Aber schon nach den ersten Sätzen wird es still im Saal.

#### Die Reise nach Moskau

Er spricht über seine Moskau-Reise, läßt sich kaum auf die Kritik, die von der CDU/CSU geäußert wurde, ein und erläutert sachlich-prägnant, worum es hierbei gegangen ist. Wir wollten bewußt am Jahrestag des Einmarschs der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR den Machthabern im Kreml sagen, was das deutsche Volk von der Vergewaltigung des tschechoslowakischen Nachbarvolkes hält. Und: Wir sind der Meinung, daß die Männer im Kreml ihr Deutschlandbild nicht ausschließlich auf Grund der Aussagen aus Ostberlin formen dürfen.

Hinter jedem Satz gibt es Beifall. Helmut Schmidt spricht in die Zustimmung hinein, den Beifall wegwischend: Wir Sozialdemokraten meinen - und das ohne jede Illusion -, daß es besser ist, in Moskau zu sagen, was man von der kommunistischen Gewaltpolitik hält, als in bayerischen Bierzelten mit tränenerstickter Stimme eine Gedenkrede vom Stapel zu lassen.

#### Kritisch und wissbegierig

Längst haben sich auch Ordner und Polizei zu aufmerksamen Zuhörern entwickelt; sie haben nichts zu tun. 14 Diskussionsredner, meist junge Menschen, melden sich zu Wort. Es geht um die Entwicklungshilfe, um die Bildungspolitik. Man will wissen, wie Helmut Schmidt eine künftige Regierungsbildung beurteilt. Das Thema Wahlgerechtigkeit kommt auf. Vermögensbildung, Steuergerechtigkeit und Mitbestimmung sind die Themen, auf die Helmut Schmidt nach jeder Frage eingeht. Nur einmal wird es kritisch, als ein junger Mann - ohne es zu begründen - behauptet, Schmidt sei demagogisch. Wird Schmidt mit gleicher Münze zurückzahlen? Die Spannung im Saal wächst. Einige ältere Sozialdemokraten knurren



vernehmlich und hoffen wohl, daß ihr Freund Schmidt dem jungen Mann "ordentlich Bescheid" sagt. Aber auch jetzt geschieht nichts. Helmut Schmidt bleibt ruhig. Er ignoriert die Anzempfung und geht sachlich auf die an ihn gerichtete Frage ein.

#### Grundton Sachlichkeit

Sachlichkeit ist der vorherrschende Grundton des Auftretts von Helmut Schmidt in diesem Wahlkampf. Er wirkt entspannt, hart wo es sein muß und auch unerbittlich in der Gegenüberstellung dessen, was in den vergangenen 20 Jahren von den früheren Regierungen versäumt wurde, mit dem, was in nur dreijähriger Regierungsbeteiligung der SPD geleistet werden konnte, und was noch zu leisten ist.

Ob in Arnsberg vor einem interessierten Zuhörerkreis öffentlicher Bediensteter oder in der Diskussion mit den Betriebsräten von Daimler-Benz in Düsseldorf oder bei einer - man könnte fast sagen - typisch sozialdemokratischen Versammlung in Bockum-Hövel, überall läßt Helmut Schmidt erkennen, daß er nichts von billigem Beifall hält, daß er vielmehr seine Zuhörer zum Nachdenken anregen will. Am zufriedensten erscheint er, wenn er spürt, daß die Menschen vor ihm in den Sälen und auf öffentlichen Plätzen das Gehörte abwägen, lernen wollen und auf diese Weise seine Sachlichkeit honorieren. Das "Danke für ihre Aufmerksamkeit" am Ende jeder seiner Rede wirkt deshalb natürlich, und bleibt einprägsam, weil die Rede selbst kein Faschen nach Popularität ist.

Natürlich blitzt auch oft genug der Schalk bei Helmut Schmidt auf. Wenn er von Franz-Josef Strauß spricht, der zu Beginn der Regierungsbildung gern die Wirtschaftspolitik Prof. Schillers gut hieß, jetzt aber so tut, als hätte er alles allein erfunden. Oder wenn Helmut Schmidt mit leichtem Achselzucken sagt, er möchte doch mal daran erinnern, daß der Wirtschaftsminister der Krise im Jahre 1966 Schmücker hieß und der CDU angehört. Wenn er in einem Nebensatz seiner Verwunderung darüber Ausdruck gibt, was eigentlich aus der Familienpolitik geworden ist, obwohl alle Familienminister von Würmeling über Heck bis Anne Brauksiepe der CDU angehören, und daß Würmeling heute der schärfste Kritiker eben jener völlig ergebnislosen Familienpolitik ist. Immer bei solchen Gelegenheiten meint man, Helmut Schmidt wolle die Bremse lockern. Aber gleich darauf wird er ernst und erinnert daran, daß am 28. September der Wähler zu entscheiden habe, ob eine neue und bessere deutsche Politik nach innen und nach außen gemacht werden kann.

#### Das Team

Spät in der Nacht wird mit Journalisten diskutiert. Helmut Schmidt weicht keiner Frage aus. Hier kann er auch aggressiv werden und recht massiv auf die Unsitte verweisen, mit falschen Zitaten Politik und Meinung machen zu wollen. Trotzdem trennt man sich in Freundschaft. Helmut Schmidts Wahlkampfshelfer haben ein gutes Stück Arbeit zu leisten. Sie sind die anonymen Begleiter; ohne die es nicht möglich ist, in wenigen Tagen 25 bis 35 Veranstaltungen, Begegnungen, Diskussionen und Kundgebungen durchzustehen. Und wenn es sehr spät in der Nacht ist und der eine oder andere von ihnen den Plan für den nächsten Morgen ausarbeitet, weiß Helmut Schmidt im Vorbeigehen immer noch ein Wort des Dankes zu sagen. Einer von ihnen meint: Es ist nicht leicht, den BoB zufrieden zu stellen, aber da er das auch weiß, treffen wir uns in der Mitte - und das gibt ein Team.